

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshof, Rierspe, Rierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Brederfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 143
Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 8 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig.
— Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver
Samstag, den 21. Juni

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Lardmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die Reichsbank hat mit dem 21. d. M. den Diskontsatz von 4,5 auf 4 und den Lombardsatz von 5,5 auf 5 Prozent herabgesetzt; die letzte Diskontermäßigung erfolgte vor gerade einem Monat.

* Reichspräsident von Hindenburg genehmigte das Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers Moldenhauer und beauftragte den Reichskanzler mit der vorübergehenden Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsfinanzministeriums.

* In Bolivien ist eine Revolution ausgebrochen, und den Aufständischen soll es gelungen sein, den Generalstabschef der Regierungstruppen, Rumbi, gefangenzunehmen; General Rumbi ist ein früherer deutscher Offizier.

Der Stein der Weisen.

Das Unabwendbare. — „Glückliches England.“
Gefährliche Minister.

Mit einem resignierten, pessimistischen, hoffnungsarmen und oft verzweifelten Achselzucken quittiert man heutzutage auf das Wort: Krise. Wohin man blickt, wovon man spricht — immer fällt sehr bald und nur zu berechtigt dieses Wort: Krise. Im Fluß der Ereignisse ist die Krise das einzig Beständige. Sie ist Schicksal, Unabwendbares. In Amerika hat man sich, als im Oktober vergangenen Jahres der erste Börsensturz erfolgte, mit allen Kräften der darin sich offenbarenden Wirtschaftskrise entgegengestellt. Hatte doch der Präsident Hoover vor seiner Wahl die „prosperity“, die Hochkonjunktur, sozusagen garantiert und setzte nun alle staatlichen und privatwirtschaftlichen Mittel ein, um das Abwärtsgehen der Konjunktur aufzuhalten. Aber wie eine Sturzwelle rollte auch über diese Gegenaktionen die allgemeine Preisfrennung für Rohstoffe und Halbfabrikate hinweg; selbst die Trusts konnten trotz gewaltiger Kapitalmacht diese Entwicklung nicht aufhalten, kaum abbremsen. Was jetzt als dritter Börsensturz in New York geschah, war eigentlich nichts anderes als ein Kapituleren vor dieser Entwicklung. War das Zugeständnis: Jawohl, wir stehen mitten drin in einer überaus schweren Weltwirtschaftskrise, in einem Schicksalhaften, Unabwendbaren, dem man seinen natürlichen Ablauf lassen muß, einfach, weil man ihm mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht beikommen kann. Die Weltmarktpreise, die noch vor einem Jahre fast durchweg hoch über dem Vorkriegsniveau standen, sind heruntergefallen und stehen ebenso fast durchweg unter der Linie von 1913. In einem einzigen Jahre, seit dem Juni 1929, sind die Preise, z. B. für die in der Gegenwart besonders wichtigen Rohstoffe wie Rohöl und Kautschuk, um 50 Prozent heruntergegangen. Aber auch der Zucker und der Kaffee kosten auf dem Weltmarkt nur noch halb soviel wie vor einem Jahr. Katastrophal ist ja bekanntlich auch der Rückgang des Kupferpreises geworden, obwohl sich der amerikanische Kupfertrust die denklichste Mühe gab, den Preis zu halten. Unter das Vorkriegsniveau ist auch auf dem Weltmarkt der Kohlenpreis gesunken.

Das ist ja auch der Grund für die Wirtschaftskrise in England. Dort ist man jetzt so weit, daß die brennenden Probleme der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit all und jede parteipolitische Beleuchtung und — Ausnutzung verloren haben. Die konservative Opposition gegen das Kabinett MacDonald würde morgen vor genau denselben Schwierigkeiten stehen, wenn sie heute zur Regierung käme. Infolgedessen haben sich die Vertreter aller drei Parteien Englands zusammengesetzt, um in gemeinsamer Arbeit der Krise zu Leibe zu gehen. Mehr noch: Das Gefühl für die drohende Gefahr, von der Englands Wirtschaft nicht bloß bedroht ist, sondern in der sie schon mitten drin steht, hat auch die sozialen Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer weit in den Hintergrund gerückt und gedrückt, hat beide Seiten gezwungen, sich an einem gemeinsamen Verhandlungsgang zusammenzusetzen, um ein Programm für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auszuarbeiten. Parteiprogramme aber spielen gar keine Rolle mehr; die läßt man zu Hause. Ebenso vermeidet man es, irgendwelche „Schuld“ fragen nutzlos breitzutreten. Nur an die Gegenwart denkt man und an die Zukunft. Nur daran, daß aus der jetzigen Krise wieder ein „old merry England“ hervorgeht, ein „glückliches England“, wie es einst war und wieder werden soll. Und das wollen sie alle, ganz gleichgültig, ob sie „politisch“ zu den Konservativen, den Liberalen oder der Arbeiterpartei gehören. Und sie alle sind nicht durch den Glauben engstirnig geworden, in ihrer Parteizugehörigkeit nun auch das „arcanum“, das geheimnisvolle Alchemiemittel, den „Stein der Weisen“ zu besitzen. Und man setzt bei dem Angehörigen der andern Partei ohne weiteres den Willen voraus, auch seinerseits nur an das „Commonwealth of England“, an das „Gemeinwesen“ zu denken und nicht an das Wohlergehen einer Partei oder Klasse.

Aber in Deutschland...! Hier ist die Wirtschaftskrise eng verknüpft mit politischen und sozialen Auseinandersetzungen, Strömungen, Abständen. Hier spielt eine gewaltige Rolle — im positiven wie im negativen Sinne — z. B. die Erwägung, wie eine künftige Reichstagswahl ausfallen würde. Hier drohen soziale Kämpfe noch mehr Schwierigkeiten in die Wirtschaft hineinzutragen. Aber auch hier würde eine andere Regierung als die jetzige morgen vor den genau gleichen Problemen stehen. Würde auch ihr kaum etwas anderes übrigbleiben, als in irgend-

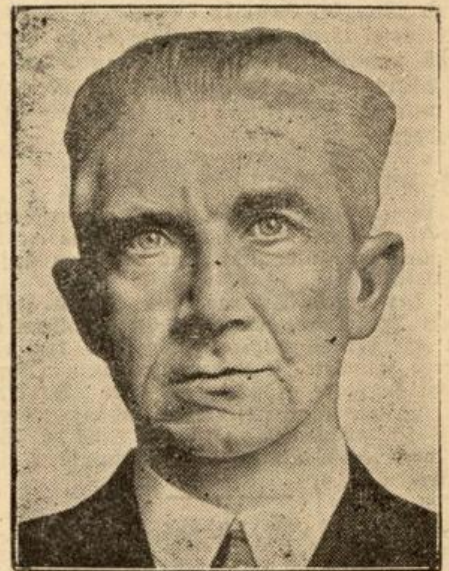
Moldenhauers Rücktritt genehmigt

Der Reichsfinanzminister aus dem Amt geschieden.

Wer wird sein Nachfolger?

Reichspräsident von Hindenburg hat nunmehr auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister Professor Dr. Moldenhauer auf seinen Antrag aus dem Amte des Reichsministers der Finanzen entlassen und den Reichskanzler Dr. Brüning bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Finanzen beauftragt. Dem scheidenden Reichsminister der Finanzen Dr. Moldenhauer hat der Reichspräsident in einem persönlichen Schreiben seinen Dank für die als Reichswirtschaftsminister wie als Reichsminister der Finanzen dem Reiche geleisteten Dienste in herzlichen Worten ausgesprochen.

Die Führung des Reichsfinanzministeriums durch den Reichskanzler wird natürlich nur vorübergehend sein. Wer die Nachfolgerschaft Moldenhauers antreten wird, steht noch nicht fest. Die meisten Aussichten soll der preussische Finanzminister Höpfer-Mischow haben, der gegenwärtig in seinem Wahlkreis in Westfalen weilt. Höpfer-Mischow würde, wie es heißt, das Reichsfinanzministerium allerdings nur übernehmen, wenn ihm besondere Vollmachten für die Durchführung einer wirksamen Ausgabenlenkungsaktion erteilt werden würden und wenn er außerdem auch weiterhin preussischer Finanzminister bleiben könnte. Neben Höpfer-Mischow werden auch andere Kandidaten genannt, so vor allem der Präsident des Rechnungshofes, Sämiß, der ein routinierter Finanzfachmann ist. Eine Kandidatur Schachts, für die



Minister Höpfer-Mischow.

ebenfalls von einigen Seiten Stimmung gemacht worden war, soll nicht ernsthaft in Frage kommen. Da das Reichsfinanzministerium infolge der schwierigen Lage der Reichsfinanzen kaum längere Zeit verwaist bleiben wird, werden schon die nächsten Tage Aufklärung darüber bringen, wer das große Wagnis unternehmen wird, die Finanzen des Reiches in Ordnung zu bringen.

Der neue Grenzzwischenfall

Neuer Grenzzwischenfall.

Polnischer Beamter von deutschem Zollbeamten in der Notwehr erschossen.

An der deutsch-polnischen Grenze bei Proßten im Totschiloweer Bruch hat sich Donnerstag nachmittag ein neuer Grenzzwischenfall ereignet. Ein polnischer Zollbeamter wurde dort von einem deutschen Grenz Zollbeamten in Notwehr erschossen. Staatsanwalt, Untersuchungsrichter und Polizeibeamte begaben sich zwecks Aufnahme des Tatbestandes sofort an den Ort des Zwischenfalls.

Aber den Vorfall werden folgende Einzelheiten verbreitet:



Der Grenzzwischenfall bei Proßten.

Ein Zollassistent des Bezirkskommissariats Proßten befand sich mit seinem Fahrrad auf einer Dienstreise. In der Nähe der Grenze im Totschiloweer Moor sah er plötzlich auf deutschem Gebiet einen polnischen Grenzbeamten vor sich, der seine Pistole gegen ihn richtete. In der ersten Überraschung stürzte der deutsche Beamte vom Rade und fiel zu Boden. Ohne Veranlassung eröffnete nun der

unberechtigt auf deutschem Gebiete befindliche Pole auf den deutschen Zollassistenten das Feuer. Nunmehr zog auch der deutsche Beamte seine Waffe und gab in der Notwehr mehrere Schüsse auf den Polen ab. Einer dieser

einer Form dem Verzicht und der Wirtschaftskrise entgegenzuarbeiten. An dem Versuch hierzu sind zwei Reichsfinanzminister bereits gescheitert, aber man wird daran erinnern dürfen, daß in Frankreich ein rundes Duzend Finanzminister verbraucht wurde, ehe es gelang, den Frank zu stabilisieren. Vielleicht darf man ein bekanntes englisches Wort umdrehen und sagen: „Measures, not men“, also jetzt: Auf die Maßnahmen kommt es an, nicht auf die Männer, — und am allerwenigsten auf die Parteien. Denn keine von ihnen hat das „arcanum“, das alleinige Heilmittel, um die Krise in den Finanzen und in der Wirtschaft zu überwinden. Was man in Deutschland von ihnen verlangt, ist doch nur, daß sie „guten Willens“ sind. Und die Partei vergessen, um dem Ganzen zu helfen. Dr. Pr.

Schüsse traf den Polen durch Schulter und Kopf, während ein zweiter durch Leib und Hüften ging. Die beiden Schüsse wirkten tödlich. Nach einer anderen Darstellung handelt es sich nicht um einen polnischen Beamten, sondern um einen Zivilisten, der den deutschen Beamten angeblich angegriffen hat.

Der Ueberfall auf den deutschen Zollassistenten.

Eine gemischte Kommission untersucht.

Durch die preussischen Behörden ist wegen der Erschießung eines polnischen Grenzbeamten bei Proßten auf deutschem Gebiet sofort eine genaue Untersuchung veranlaßt worden. Eine Gerichtskommission unter Führung des zuständigen Oberstaatsanwalts hat am Tatort unter Zuziehung eines Schlichtungsverständigen die Angaben des deutschen Zollbeamten nachgeprüft und den Sachverhalt aufgeklärt.

Danach wurde der Zollassistent Tarkowski aus Proßten am 19. Juni um 11,30 Uhr vormittags auf deutschem Boden im Walde in der Nähe von Proßten, etwa 300 Meter von der polnischen Grenze entfernt, von einem Zivilisten ohne jede Veranlassung erschossen. Tarkowski fuhr auf einem Fahrrad. Er bemerkte den Zivilisten auf eine Entfernung von etwa 20 Metern und sah, daß dieser eine Pistole auf ihn ansetzte. Mit dem Rufe: „Hier Zollbeamter, nicht schießen!“ bremste er sein Fahrrad und kam dabei zu Fall. In diesem Augenblick fiel der erste Schuß von dem Zivilisten. Tarkowski ging hinter einem Gebüsch in Deckung und gab, nachdem der Zivilist noch ein zweites Mal geschossen hatte, seinerseits drei bis vier Schüsse auf den Zivilisten ab, dessen Pistole offenbar eine Ladehemmung hatte, so daß er nur noch einen dritten oder vierten Schuß abgeben konnte. Tarkowski selbst blieb unverletzt, sein Angreifer wurde getötet. Tarkowski fuhr sofort nach Proßten und meldete den Vorfall seiner vorgesetzten Dienststelle. Die Kommission hat in den Kleibern des Getöteten einen Ausweis gefunden, aus dem hervorgeht, daß es sich um einen

polnischen Grenzbeamten handelt. Aus welchem Grunde dieser die Grenze überschritten hat, ist noch nicht festgestellt.

Im übrigen ist eine gemischte deutsch-polnische Kommission, zu der deutscherseits der Landrat von Lyck, der Oberstaatsanwalt und ein höherer Zollbeamter gehören, bereits an Ort und Stelle erschienen zwecks endgültiger Feststellung. Infolgedessen ist die wilde Aufregung, in die die Warschauer Setzungen geraten sind, vorläufig ganz unangebracht.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Veränderungen in den Kommandostellen der Reichsmarine.

Der Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte, Konteradmiral Gladisch, wird zum Herbst unter Enthebung von dieser Stellung und unter Veretzung nach Berlin zur Verfügung des Chefs der Marineleitung gestellt. Zu seinem Nachfolger als Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte wird der bisherige Abteilungsleiter im Reichswehrministerium, Konteradmiral Albrecht, ernannt. Der bisher zur Verfügung des Chefs der Marineleitung stehende Kapitän zur See Gadow (Reinhold) wird zum 30. Juni mit dem Charakter als Konteradmiral verabschiedet.

Am 1. Juli schulfrei in Preußen.

Wie der Antliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Grimme, in einem Erlaß an die Provinzialschulkollegien und die Regierungen soeben verfügt, daß aus Anlaß der Befreiung des Rheinlandes am 1. Juli in allen Schulen eine Schulfestfeier stattfindet und an diesem Tage der Unterricht ausfällt.

Am die Todesstrafe.

Ein Gnadengesuch des Landwirts Zell aus Zweifelsberg, der wegen Ermordung seines Vaters vom Schwurgericht Ravensburg zum Tode verurteilt wurde, ist vom württembergischen Staatspräsidenten Volz abgewiesen worden. Sollte das Urteil vollstreckt werden, so wird damit nach sieben Jahren zum erstenmal wieder eine Hinrichtung in Württemberg erfolgen. Inzwischen hat der Strafrechtsausschuß des Reichstages einen Antrag angenommen, wonach die Reichsregierung der württembergischen Staatsregierung nahelegen soll, vor der gesetzlichen Entscheidung über die Todesstrafe das vom Staatspräsidenten Volz bestätigte Todesurteil gegen den Landwirt Zell nicht zu vollstrecken.

Ungarn

Das ungarische Getreidegesetz.

Die Regierung hat einen Gesetzentwurf über die Wertungsmaßnahmen für Weizen und Roggen im Abgrenzungsbereich eingebracht. Demgemäß dürfen Weizen, Roggen und Mengtorn nur in Begleitung eines Getreidescheins verwertet werden, dessen Preis pro Meterzentner drei Pengö beträgt. Aus dem Zollauslande darf Getreide, sei es in unaufgearbeitetem oder aufgearbeitetem Zustande, nur in Begleitung eines Getreidescheins eingeführt werden.

Aus In- und Ausland

Zena. Gegen die Berufung des Ruffenforschers Gänther auf den Lehrstuhl der Landesuniversität Zena wendet sich erneut der Rektor der Universität Zena in einem Aufruf an die Studentenschaft.

Basel. Bei einem Vortrag, den Reichsminister a. D. Severing am Donnerstagabend im Großen Saal des Volkshauses der Zürcher Sozialdemokraten hielt, kam es zwischen den mehreren hundert sozialdemokratischen Ordnen und Kommunisten zu einer großen Schlägerei. Da die Kommunisten die Zugänge zum Volkshaus nicht freigeben wollten, gaben die Sozialdemokraten vom ersten Stock des Volkshauses aus Feuerlöscher Wasser auf die Kommunisten, die sich dann rasch zurückzogen.

Die Reichsreform.

Fortgang der Vorbereitungsarbeiten.

Der Unterausschuß des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz für die Reichsreform beschäftigte sich mit den Fragen der unmittelbaren Reichsverwaltung in den Ländern und der Organisation der Auftragsverwaltung zwischen Reich und Ländern. Der Unterausschuß für Zuständigkeit und Organisation der Länder hat die Vorschläge des sogenannten Gemeinschaftsreferats der Gutachter Ministerialdirektor Bredt, Voelck, Heffter, Senatspräsident Volz und Bürgermeister Peterßen mit unwesentlichen Änderungen dem am Sonnabend unter dem Vorsitz des Reichsanzlers Dr. Brüning tagenden Verfassungsausschuß empfohlen.

Höpker-Mischoff wird ablehnen.

Der preussische Finanzminister Dr. Höpker-Mischoff erklärte auf einer öffentlichen Versammlung der Demokratischen Partei, er werde dem Wunsche des Reichsanzlers entprechend, seine Vortragsreise abbrechen und nach Berlin zurückkehren. Er könne indessen schon heute versichern, daß er nicht daran denke, das Amt des Reichsfinanzministers zu übernehmen, da er nicht glaube, in diesem Kabinett fruchtbare Arbeit leisten zu können.

Zentrumsfraktion hinter Brüning.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm am Freitagabend einen Bericht des Reichsanzlers über die politische Lage entgegen. Der Reichsanzler beschäftigte sich in seinen Ausführungen in der Hauptsache mit den Problemen, die die Regierung zur Deckungsvorlage veranlaßt haben. Er ließ keinen Zweifel daran, daß die Regierung zwar in der Form mit sich reden lasse, daß sie aber in der Sache auf ihrem Standpunkt beharre. Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion stellte fest, daß die Zentrumsfraktion geschlossen hinter Dr. Brüning und der Reichsregierung stehe.

Vertrag Preußen-Bremen.

Neue Gemeinschaftsarbeit. — Einheitliche Seehäfenpolitik.

In einem Abkommen über kommunale Richtlinien für die Zusammenarbeit der preussischen und bremischen Gemeinden ist ein enges Zusammenarbeiten der Stadtverwaltungen Bremerhaven und Wesermünde auf allen Gebieten der Kommunalverwaltung vorgesehen. Der Zustand, daß die Polizeibeamten der beiden Länder bisher die Grenze nicht überschreiten konnten, ist beseitigt.

Das Verkehrsabkommen, dem auch das Land Oldenburg beitreten wird, soll dazu dienen, daß die öffentlichen Verkehrsmittel dazwischen einzurichten und durchzuführen sind, wie es das Interesse der gesamten Bevölkerung des Wesergebietes und der Nachbargebiete erfordert.

Bremen tritt ferner dem Hochseefischereiabkommen bei. Zwei weitere Abkommen betreffen die einheitliche Handhabung der Wasserpolizei auf der Unterweser.

Um einem ungeordneten Wettbewerb zwischen den Wirtschaftszonen an Weser und Ems vorzubeugen, ist das Weser-Ems-Abkommen in Aussicht genommen worden. Es enthält einen gemeinsamen Ausschuß, der nach Bedarf zusammentritt, um eine einheitliche Seehäfenpolitik durchzuführen.

Senkung der Reichsbahngehälter?

Schreiben des Verwaltungspräsidenten an den Reichsanzler. Personalausgaben u. Beförderungsteuer geben den Ausschlag.

Im Auftrage des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat der Präsident des Verwaltungsrates, Dr. E. v. Siemens, an den Reichsanzler ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Das neue Reichsbahngesetz habe der Gesellschaft keine finanzielle Erleichterung, eher eine Verschärfung gebracht.

Die Verkehrslage habe sich im Jahre 1930 in jedem Monat steigendermaßen äußerst ungünstig entwickelt. Heute schon läßt sich mit Sicherheit feststellen, daß selbst bei einem Wiederanstieg, für das aber keine Anzeichen vorhanden sind, die Betriebsausgaben die Einnahmen um mehrere hundert Millionen übersteigen werden.

Aus diesem Grunde hat der Generaldirektor die sämtlichen Ausgaben schon seit längerer Zeit dauernd gedrosselt. Sie sind jetzt aber auf einem Tiefstand angelangt, der wohl nur eine Zeit getragen werden kann, aber auf mehrere Jahre die Sicherheit des Betriebes in Mitleidenschaft ziehen muß.

Die für die Gesellschaft feststehenden Ausgaben sind in ihrer Gesamtheit seit Gründung der Gesellschaft um über 700 Millionen oder 31 Prozent gestiegen, obgleich das Personal

in derselben Zeit um 62 000 Köpfe verringert worden ist. Eine Herabsetzung der Personalausgaben, die den größten Teil der Gesamtausgaben ausmachen, würde der Gesellschaft unmittelbar eine finanzielle Entlastung geben können, liegt aber nicht im Machtbereich der Gesellschaft, sondern nur in dem der Reichsregierung. In erheblichem Maße werde der Verkehr durch die Beförderungsteuer verteuert.

Die Steuer, die praktisch nur von der Deutschen Reichsbahngesellschaft zu tragen sei, da Schiffsahrt und Kraftwagen und der größte Teil der privaten Bahnen von ihr nicht getroffen werden. Eine Ermäßigung derselben könnte zum Ausgleich von notwendigen Tarifserhöhungen benutzt werden. Andere Wege für die Ausgabenentlastung zur Herstellung des finanziellen Gleichgewichts sind nicht vorhanden. Der Verwaltungsrat hofft, daß die Reichsregierung einen Weg geben möge, ihn in seinem Bestreben zu unterstützen, das finanzielle Gleichgewicht zu erzielen, ohne durch weitere Tarifserhöhungen das wirtschaftliche Leben immer mehr zu erschweren.

Revolution in Bolivien.

Der deutsche General Runtz gefangen.

In Bolivien ist wieder einmal eine der dort nicht gerade seltenen Revolutionen ausgebrochen. Zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen soll es zu harten Kämpfen gekommen sein. Anscheinend hat der Aufstand eine besondere Note dadurch erhalten, daß dem bisherigen Präsidenten Siles ein Paktieren mit den Vereinigten Staaten zum Vorwurf gemacht wird. Der Führer der Aufständischen, Hinojosa, wurde von seinen Anhängern zum Gegenpräsidenten ausgerufen.

Mitteilungen aus Buenos Aires zufolge soll der Chef des Generalstabes der Regierungstruppen, von denen ein Teil zu den Aufständischen übergegangen ist, in Gefangenschaft geraten sein. Bekanntlich ist dieser Generalstabchef ein deutscher General Runtz, der vor dem Kriege bereits Instruktionsoffizier in Bolivien gewesen ist, während des Krieges zurückkehrte und dann Regimentskommandeur erst an der Ostfront, dann des Alexander-Garderegimentes im Westen wurde. Er beteiligte sich dann an hervorragender Stelle an der Niederwerfung der kommunistischen Herrschaft in München, lebte dann im Ruhestande, bis er im Herbst vergangenen Jahres von Bolivien, wo er auch nach dem Kriege zur Stellung des Führers der dortigen Armee gebracht und mehrfach als solcher Aufstände niedergeschlagen hatte, bei den Auseinandersetzungen mit Peru herbeigerufen wurde. General Runtz war eine Persönlichkeit, die in Bolivien ganz außerordentlich großes Ansehen genoß und die stärkste Stütze der jetzigen Regierung darstellt.

Feiern am Gedentage der Augsburger Konfession.

Kirchen- und Schulfestlichkeiten.

Das Jubiläum des Augsburger Bekenntnisses wird auch in den Kirchengemeinden, die nicht unmittelbar an den Feierlichkeiten in Augsburg und in Nürnberg teilnehmen können, festlich begangen. Am Sonntag wird in allen evangelischen Kirchen die Augsburger Konfession im Mittelpunkt des Gottesdienstes stehen. Am 25. Juni, dem Hauptgedentag der Konfession, werden die Kirchen um die Mittagsstunde ein Festgelaute erklingen lassen und die Kirchenfahnen zeigen.

Der preussische Kultusminister hat angeordnet, daß in den evangelischen Schulen Preußens im Anschluß an den Religionsunterricht der Bedeutung des Tages in würdiger Weise gedacht werde.

Die rotgestempelten Tausendmarkscheine vor dem Reichsgericht.

Revisionsverhandlung im Prozeß Winter.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig fand die Revisionsverhandlung im Prozeß Winter statt. Der angebliche Schriftsteller Gustav Winter hat, wie erinnerlich, behauptet, er sei in der Lage, auf dem Prozeßwege die Aufwertung der rotgestempelten Tausendmarkscheine durch die Reichsbank zu erzwingen, wenn ihm nur genügend Anhänger folgen wollten. Von diesen Anhängern ließ er sich Vollmachten ausstellen, an sie verkaufte er seine Broschüren, und ihnen lieferte er fortlaufend eine Zeitung. Er ist, da die Strafkammer beim Landgericht Leipzig in seiner Behauptung, er könne die Aufwertung erzwingen, eine wissenschaftlich falsche Angabe sah, zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Reichsanwalt beantragte die Verwerfung der Revision und das Reichsgericht verwarf sie.

Festlicher Empfang des Südpolfahrers Byrd

Große Kohlenlager am Südpol.

Die Stadt New York bereitet dem Südpolforscher Commander Byrd, der mit seinen Begleitern von der Südpolfahrt zurückkehrte, einen festlichen Empfang, der einer der größten seit dem Empfang Lindberghs und dem der deutschen Ozeanflieger Kuhl und Günefeld gewesen ist. Byrd schilderte die Ergebnisse seiner Südpolfahrt, bei der er 125 000 Quadratmeilen neues Land entdeckt und erforscht habe. Er habe geologische Formationen festgestellt, die auf große ausbeutbare Kohlenlager schließen lassen. Die südamerikanische Antarktis umfasse noch Tausende von Meilen unerforschter Gebiete.

Byrd erklärte, er habe vorläufig keine Zukunftspläne und werde keine weiteren Forschungsreisen unternehmen, bis nicht die aus der Expedition entstandenen Schulden von 100 000 Dollar gedeckt seien.

Italien hebt deutsche Unterseeboote.

In der Nähe von Pola.

Eine vor einigen Tagen aus Triest gekommene Nachricht über die bevorstehende Hebung deutscher U-Boote, die von ihren Besatzungen bei Kriegsende in der Nähe von Pola versenkt worden seien, wird vom „Messaggero“ als den Tatsachen entsprechend bezeichnet. Nach der Darstellung dieses Blattes sind an den Vorarbeiten auch die italienischen Marinebehörden beteiligt, die von der Versenkung der U-Boote Kenntnis hatten. Die Taucher haben dem Blatt zufolge jetzt 25 U-Boote, darunter fünf von 3000 Tonnen festgelegt, die zum größten Teil unbeschädigt seien. Bereits Anfang nächster Woche soll mit der Hebung der beiden ersten U-Boote unter Verwendung modernster technischer Hilfsmittel begonnen werden.

Gemüse, Salate,

Verlangen Sie aber ausdrücklich MAGGI Würze

schwache Suppen, Soßen und alle Fleischgerichte erhalten augenblicklich unvergleichlichen Wohlgeschmack durch wenige Tropfen

MAGGI Würze



Erdrutsch in Offen-West.

Ein Kind im Krater verschwunden.

In einer Neubausiedlung in Offen-West gab plötzlich vor einem Hause das Erdreich nach und es entstand ein Krater von 12 Meter Tiefe und etwa 15 Meter Durchmesser. Ein auf der Straße spielendes Kind wurde in die Tiefe gerissen. Alle Bemühungen, das Kind zu bergen, blieben erfolglos. Außerdem verschwand der Wagen einer Tiefbaugesellschaft spurlos in der Tiefe. Unter der betreffenden Stelle befand sich ein alter Schacht, der etwa 40 Jahre außer Betrieb ist.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 21. Juni 1930.

Sommer.

Ev. Joh. 3, 30: Er muß wachsen, ich aber muß abnehmen.

Am 21. ist der Sommeranfang und auf den 24. hat die alte Kirche den Johannestag gelegt. Da sah sie den längsten Tag im Jahr, da begann für sie das Abnehmen. Sie hat dem Johannes diesen Tag gegeben wegen seines Wortes: „Er muß wachsen, ich aber muß abnehmen.“ Es ist ein Wort edelsten Verzichtes, stiller Ergebenheit und zugleich ein Wort zuversichtlicher Gelassenheit. Das Vergängliche muß vergehen, das ist schmerzhaft; aber wenn in seinem Vergehen das Ewige wächst, dann wird heiterer Friede daraus. Vor etwa dreißig Jahren lernte ich eine Frau kennen, die galt als eine der reichsten in ganz Deutschland. Aber es wurde mir vorher gesagt, ich sollte in ihrer Gegenwart nie von Krankheit oder gar vom Tode sprechen. Das könne sie nicht ertragen. Sie hatte eine entsetzliche Angst vor Krankheit und vor dem Sterben. Über die Gedanken daran suchte sie sich krampfhaft hinwegzutäuschen, indem sie in dem Umgang mit immer neuen Menschen Zerstreuung und Ablenkung suchte. Sie hatte ja nichts als ihren Reichtum und ihr bißchen Leben und wurde des Reichtums und des Lebens niemals froh. Weh dem, das ohne inneres, wahres Leben ist; es weilt dahin und vergeht in Staub in der Natur und im Menschenleben. Wo aber wahres inneres Leben vorhanden ist, da wächst, indem das Vergängliche abnimmt, das Ewige zu neuer Entfaltung heran. Dieses Ewige ist mit Jesus und seinem Geist eingegangen in das Menschenleben. Wer's in sich aufgenommen hat, dem wandelt sich das angstvoll schmerzliche „Ich muß abnehmen“ in das friedvoll sichere „Doch ich lebe in ihm“. Wohl dem, der von sich sagen kann: Er lebt in mir! Wir wollen uns ihn nicht rauben lassen, der unser Leben ist!

Verstärkte Gewittertätigkeit wahrscheinlich.

Nach der Hundstagshitze der zweiten Juniwoche trat am die Wochenwende eine Abkühlung ein. Sie war hervorgerufen durch einen Kaltluftsturz aus dem hohen Norden. Die erhofften Niederschläge blieben jedoch aus. Das Hochdruckgebiet über Nordeuropa behielt weiter seinen Einfluß, so daß wir noch im Bereich der trockenen östlichen Winde blieben. In der dritten Juniwoche setzte sehr schnell ein neuer Temperaturanstieg ein. Mitte der Woche machten sich Anzeichen eines vorübergehenden Wetterumstülpes bemerkbar. Von Westen her drang ein Gebiet tieferen Luftdrucks vor. Das Vordringen erfolgte freilich zunächst nur langsam, immerhin bildeten sich Störungsgebiete, die in den nächsten Tagen das Wetter beeinflussen dürften. Wir werden zunächst im Westen, dann aber auch in Mitteldeutschland mit verstärkter Gewittertätigkeit rechnen müssen. Ob diese ein Übergang zu einer allgemeinen Regenperiode werden wird, hängt davon ab, ob das über Südwesteuropa lagernde Hochdruckgebiet nach Norden vorstoßen und sich mit dem skandinavischen Hoch vereinigen wird. In diesem Falle würden wir recht bald eine neue Hitzeperiode zu erwarten haben.

* **Besichtigungsfahrten zu Ostfiedlungsgütern.** Am kommenden Dienstag und am kommenden Freitag veranstaltet der Westdeutsche Siedlerverband, Münster Westf. Regdistrasse (Vereinslokal, Hanjohof, Münster, Lütkegasse Nr. 5) unter Führung von Vorstandsmitgliedern zwei weitere Besichtigungsfahrten zu Siedlungsgütern und zwar in verschiedene Siedlungsgebiete. Wer an einer der verbilligten Fahrten teilnehmen möchte, wolle möglichst frühzeitig, am besten Sonntagmorgen, im Büro vorsprechen, wo Einzelheiten des Fahrtenprogramms (auch telefonisch unter Münster, Tel. 22391) mitgeteilt werden können. Dauer der Fahrt einschließlich Rückkehr 4 Tage bezw. 3 Tage.

Halver

—O **Polizeiliches.** Gefunden: 1 Schlüsselbund. Eigentumsanprüher sind im Amtshaus Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

Oberbrügge, 20. Juni. (Ein ziemlich ausgedehnter Waldbrand) entstand in den Tannenbeständen am Dahlhauser Kopf. Das Feuer ist anscheinend dadurch hervorgerufen worden, daß man infolge Aufräumarbeiten Gelände abbrennen wollte. Dabei wurden auch die angrenzenden Waldbestände erfaßt und gerieten ebenfalls in Brand. Die Freiwillige Feuerwehr und zahlreiche Helfer konnten das Feuer durch Abdämmen auf seinen Herd beschränken.

Rönshahl

Arbeit ist des Bürgers Zierde, Segen ist der Mühe Preis!

—c Die seltene Feier des goldenen Meisterjubiläums konnte am gestrigen Freitag der Schneidermeister Christian Brückner von hier begehen und hat die aus diesem Anlaß veranstaltete Feierlichkeit alle Erwartungen übertraffen. Sämtliche Kinder und Enkelkinder waren herbeigeleitet um diesen denkwürdigen Tag in gebührender Weise mit ihrem Vater zu verleben. Am Vorabend des Jubiläums überbrachte der Vorstand der Handwerker- und Gewerbetreibenden-Vereinigung Rönshahl, deren Mitglied der Jubilar ist, seine Glückwünsche dar. Am frühen Morgen des Festtages hatten sich sämtliche Kinder des Jubilars versammelt und entboten ihrem Vater herzlichste Glück- und Segenswünsche, wobei der älteste Sohn Adolf eine herzlichste Ansprache hielt. Mittags überbrachte Herr Gemeindevorsteher, Kapitän z. S. a. D. Buchholz namens der Gemeindevertretung Grüße und Glückwünsche der Gemeinde sowie solche seiner eigenen Person und Familie und

Dank an das besetzte Gebiet

Reichshilfe für den Westen.

Die schweren Schäden der Besetzung.

Berlin, 20. Juni.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner Freitagssitzung mit dem Etat des Ministeriums für die besetzten Gebiete in zweiter Lesung. Es war natürlich, daß bei den Debatten die bevorstehende endgültige Befreiung der besetzten Gebiete eine große Rolle spielte. Von allen Seiten wurde dieser Zustand freudig begrüßt, aber auch von allen Seiten die Reichsregierung aufgefordert, nun alles zu tun, um die schweren Schäden, die die Besetzung hinterlassen hat, aus dem Wege zu räumen. Der Reichsminister Treviranus, ging in seiner Rede auf die von den einzelnen Rednern angeschnittenen außenpolitischen Fragen nicht ein, weil diese bei dem Etat des Auswärtigen Amtes behandelt werden würden. Er begnügte sich im allgemeinen damit, den Bewohnern des besetzten Gebietes den Dank der Reichsregierung und des deutschen Volkes für ihr mutvolles Ausdauern während der ganzen schweren Zeit der Besetzung auszudrücken, am gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß diese schwere Zeit aus dem Bewohnern des besetzten Gebietes eine Einheit geschaffen hätte, die ihre Unlösbarkeit vom Reich bewiesen habe. Gleichzeitig kündigte er Gesetzentwürfe an, die ähnlich dem Ostprogramm auch die schweren Leiden der Westmänner lindern sollen.

Sitzungsbericht.

(179. Sitzung.) OB. Berlin, 20. Juni.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums für die besetzten Gebiete. Nach Erklärungen des Abg. Ulrich-Hessen (Soz.), der sich über die Unklarheit der Rechtsverhältnisse hinsichtlich der reichseigenen Gebäude im besetzten Gebiet beschwerte, wies der Abg. Dr. von Dröner (Dm.) darauf hin, daß die diesjährige Etatsberatung im Zeichen der Räumung stehe, die gewiß ein großer Fortschritt sei, gemessen an der Geschlossenheit, mit der Frankreich 1918 die dauernde Lösung des linken Rheinufer vom Reich gefordert habe. Gemessen an den weltgeschichtlichen Zusammenhängen, um die es sich hier handle, sei es allerdings von sekundärer Bedeutung, ob die Räumung 1930 oder 1935 erfolge. Die Vergütung von Reparation und Räumung sei einer der größten Fehler unserer Rheinlandpolitik gewesen. Nach der Rheinlandräumung müsse man sich um so mehr der Saarbevölkerung annehmen.

Die Saarfrage müsse Volksfrage werden. Der Räumung müsse auch eine bewußte Grenzmarkspolitik in den bedrohten Gebieten folgen.

Abg. Dr. Bodius (Ztr.) betont, daß wir zwar von der Bedrückung befreit werden, aber mit dem Abzug der Besatzungstruppen noch nicht die volle Freiheit im Westen gewinnen. Die Befreiungsfelder müßten sich deshalb der schweren Lage des Vaterlandes in würdiger Weise anpassen. Das besetzte Gebiet befände sich in schwerer wirtschaftlicher Notlage. Dem rheinischen Volk sei man es schuldig, daß die geplante Westhilfe jetzt schon wenigstens im Prinzip gesetzlich verankert wird. Zu einer wirklichen Befriedung gehöre die endliche Befreiung der Kriegsschuldfrage.

Abg. Dr. Kalle (D. Vp.) gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß der betrübliche Haushalt der besetzten Gebiete nun erschwinden solle. Im Kampf gegen die französischen Beeinflussungsversuche, so erklärt der Redner weiter, haben alle Parteien zusammengestanden, aber wir gebeten in der Befreiungsstunde dankbar nicht des Parteimannes, sondern des deutschen Stresemann, der durch die Politik des guten Europäers die Befreiung mit allen Kräften beschleunigt hat. Das Auftreten der französischen Besatzung im deutschen Rheinland bleibt das schändlichste Blatt in der Entwicklungsgeschichte der europäischen Politik.

Die französische Nation hat ihre Nachstellung in einer schmachvollen und widerwärtigen Weise ausgenutzt.

Osthilfegesetz im Reichstag.

Die Verkopplung des Fünfjahresprogramms mit der großen Finanzreform.

Das Osthilfegesetz und der Gesetzentwurf über die Deutsche Ablosungsbank sind jetzt dem Reichstage zugegangen. Die Vorlage ist vom Reichstagspräsidenten und sieben Ministern gezeichnet. Der Inhalt des Gesetzentwurfs ist bekannt. Das Programm, das sich auf fünf Jahre erstrecken soll, sieht 925 Millionen an Bürgschaften des Reiches und 250 Millionen Darlehen aus Industrieemitteln vor. Hierzu kommen Zuschüsse des Reiches allein im Jahre 1930 in Höhe von 126,3 Millionen. In der Begründung zu dem Gesetzentwurf

erklärt die Reichsregierung, es sei heute offenbar, daß der ganze ostdeutsche Wirtschaftsraum von Stilllegungen der Industrie, Zusammenbrüchen in der Landwirtschaft, von einer Erstarrung des Kreditlebens, vom Absterben der Kultur, von der Verelendung infolge der Durchschneidung der Ost-West-Verbindungen und der Umschaltung auf Nord-Süd-Verbindungen, vom Anschwellen der Zinslasten und insbesondere von der ungeheuren Zunahme der Kindersterblichkeit, der Erwerbslosigkeit und der damit verbundenen Fürsorgelasten heimgeführt wurde. Die Ostprovinzen müßten in die Lage versetzt werden, auf gleicher Stufe mit anderen Landesteilen wettbewerbsfähig zu werden. Der

Bestand der Bevölkerung

müsse durch starken Ausbau der Siedlung erhöht werden. Das Osthilfegesetz ruhe auf dem Wirtschaftswenden der allgemeinen Maßnahmen, welche die Reichsregierung durch Stabilisierung des Haushalts und durch die Agrarhilfe eingeleitet habe. Insbesondere bildeten die zum Schutz der Landwirtschaft auf dem Gebiete der Preispolitik getroffenen Maßnahmen erst die Grundlage für die Sonderhilfsmaßnahmen zur Stützung der ostdeutschen Landwirtschaft.

Das Gesetz gehe darauf aus, zunächst für 1930 die erforderlichen Maßnahmen sicherzustellen, und mache die weitere Durchführung auf ein Jahrfrist von dem Gelingen der im Herbst des Jahres zu ordnenden Finanzreform abhängig. Unter dieser Voraussetzung schaffe das Osthilfegesetz den Rahmen für ein umfassendes Fünfjahresprogramm.

Der Vorlage ist eine Übersicht über die in Ostpreußen zurzeit in Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung befindlichen ländlichen Grundstücke beigegeben. Daraus ergibt sich, daß sich 163 Güter in Zwangsversteigerung und 25 in Zwangsverwaltung befinden. Beim bäuerlichen Besitz umfaßt die Zwangsversteigerung 877 Betriebe, die Zwangsverwaltung 56.

Die Verteilung der Osthilfe.

Beschleunigte Deckung des Kreditbedarfs.

Nach neueren Meldungen sollen die Mittel des Ostprogramms für den Haushalt 1930 wie folgt verteilt werden: Von den zunächst für das laufende Haushaltsjahr im Ergänzungshaushalt angeforderten, hierfür bestimmten 126,3 Millionen Mark sollen u. a. 50 Millionen Mark für die Betriebsförderung, 12 Millionen Mark für die Frachtenentlastung, 37 Millionen Mark für die Real-

Reichsminister Treviranus

gedachte zunächst anfänglich der in zehn Tagen stattfindenden Beendigung der 11½-jährigen Besetzung mit Worten dankbarer Anerkennung der mühseligen Haltung der rheinischen Bevölkerung in allen Schichten, die zum Enderfolg entscheidend beigetragen habe. Die Auflösung des Ministeriums werde zum 1. Oktober d. J. erfolgen. Der tatsächliche Abbau werde sofort beginnen und mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Die Unterbringung der bei der Reichsvermögensverwaltung entbehrlich werdenden Beamten werde nach diesen Monat durchgeführt. Bezüglich der einmaligen Ausgaben wies Reichsminister Treviranus auf den vor kurzem vom Reichsrat verabschiedeten Ergänzungshaushalt hin, der den Fonds für kulturelle Fürsorge im besetzten Gebiet mit 2 Millionen und den Fonds für laufende Unterstützung der Frankenspenden an der Saar mit 3 Millionen Mark aus dem jetzt vorliegenden Haushalt streiche, um Mittel für die Durchführung der Osthilfe zu gewinnen. Der Reichsminister wandte sich dann der Westhilfe zu.

Ein eingehendes Westprogramm

mit einem erstmaligen Aufwand von 20 Millionen Mark sei weitgehend vorbereitet und werde nach den Verhandlungen mit den beteiligten Länderregierungen und einem besonderen Unterausschuß des 19. Ausschusses des Reichstages zur Durchführung gelangen. Es handle sich um ein organisches Hilfswerk, das auf Jahre hinaus gerechnet sei. Deshalb sei in dem erwähnten Ergänzungshaushalt zum Ausdruck gebracht, daß die 20 Millionen Mark lediglich eine erste Rate seien. Das Westprogramm bezwecke die Befreiung der Wirtschaft durch allgemein produktionsfördernde Maßnahmen. Unterstützungen einzelner notleidender Betriebe, überhaupt Einzelunterstützungen, seien dabei, auch im Sinne der Vertreter der rheinischen Wirtschaft, ausgeschlossen. Zum Schluß wies der Reichsminister auf die Saarverhandlungen hin. Er betonte die organische Zusammengehörigkeit des Saargebietes mit der rheinischen Wirtschaft und unterstrich, daß die Abschneidung der Saarkwirtschaft auch die Westhilfe beeinträchtige.

Abg. Sparrer (Dm.) verlangt, daß der Wegfall des Ministeriums für die besetzten Gebiete nicht die künftige Vernachlässigung der Rheinlande bedeuten solle. Der Redner bittet dann die Regierung, nunmehr ihr Augenmerk besonders darauf zu lenken, daß auch für das Saargebiet bald die Stunde der Befreiung schlage.

Abg. Kollwitz (Komm.) bezeichnet die für die Westhilfe vorgesehenen 20 Millionen als nicht ausreichend. Den Großagrarern im Osten wolle man dagegen Unsummen in den Taschen werfen.

Abg. Ballmann (Wirtschaftspartei) dankte der Bevölkerung des besetzten Gebietes für die erduldeten Leiden.

Die Not im besetzten Gebiet sei ungeheuer groß. Geflinge die Milderung der Arbeitslosigkeit dort nicht, so sei jede Hilfe wirkungslos. Was die Regierung der Bevölkerung bisher gegeben habe, sei nichts gegen das, was diese an Leben, Geld und Gut dahingegeben habe.

Abg. Dorsch-Hessen (Chr.-Nat. Vp.) trat für die Landwirtschaft im besetzten Gebiet ein, die unter der Besetzung besonders stark gelitten habe.

Abg. Bayersdorfer (Bayer. Vp.) erklärte, im Rheinland erkenne man die Not des Ostens an, wünsche aber auch für den Westen und besonders für die Pfalz die Fürsorge des Reiches. Die für die Westhilfe ausgeworfenen 20 Millionen seien völlig ungenügend, um auch nur für das erste Jahr die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen.

Abg. Dr. Best (Volksrechtspartei) empfiehlt eine Entschlieung, wonach bei dem Verkauf der für die Besatzungstruppen hergestellten Wohnhäuser der zukünftige Erwerber einen bestimmten vertraglich festzusetzenden Mietfuß nicht überschreiten darf.

Abg. Kirchmann (Soz.) bedauert es, daß die Saarverhandlungen bisher keinerlei Fortschritte zeigen. Zur Westhilfe erklärt der Redner, daß die Sozialdemokraten dafür eine gesetzliche Grundlage verlangen.

Damit war die Beratung geschlossen, die Abstimmungen wurden vertagt. Die nächste Sitzung findet am Sonnabend statt. Auf der Tagesordnung steht die Beratung von Amnestieanträgen.

neuerentung, 7 Millionen Mark für die Zinsverbilligung und 0,3 Millionen Mark für die Senkung der Schiffsahrtsgaben Verwendung finden.

Die Bürgschaften sind für folgende Zwecke bestimmt: 225 Millionen Mark zur Beschaffung von Dauerkrediten für die ländliche Siedlung, 400 Millionen Mark für die Umschulung 50 Millionen Mark für die Kredithilfe an mittlere und kleine industrielle Betriebe und endlich 250 Millionen Mark für die Ablosungsscheine. Bei der gegenwärtigen Struktur der in- und ausländischen Kapitalmärkte ist damit zu rechnen, daß der Kreditbedarf von den in Frage kommenden Banken durch transdenweise Ausgaben von Anleihen gedeckt werden kann und schon bald aus dieser Quelle Mittel zur Einleitung der Umschulungsaktion fließen werden.

Osthilfegesetz vor dem Grenzausschuß des Landtages.

Der Ausschuß des Preussischen Landtages für die Grenzgebiete nahm den Vortag eines Regierungsvertreters über das Osthilfe-Gesetz entgegen. Nach längerer Aussprache wurde ein Entschlieungsantrag angenommen, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Durchführung der Osthilfe ausschließlich im Einvernehmen mit der preussischen Staatsregierung erfolgt. Ferner wird der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die vorgesehenen Maßnahmen nur dann den gewünschten Erfolg zeitigen können, wenn sie durch eine planmäßige Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und ihres Absatzes ergänzt würden.

Reichsbankdiskont 4 Prozent.

Geldüberfluß am Kreditmarkt.

Das Direktorium der Reichsbank unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Luther hat beschlossen, mit Wirkung vom 21. d. M. den Reichsbankdiskontsatz von 4,5 auf 4 Prozent herabzusetzen; dementsprechend geht der Lombardzinsfuß von 5,5 auf 5 Prozent zurück. Seit dem Kriegsende hat damit der Diskontsatz der Reichsbank seinen bisher tiefsten Stand erreicht. Allerdings ist selbst mit dieser Herabsetzung der Anfluß der Reichsbank an die wirklichen Geldsätze, die heute noch viel tiefer stehen, immer noch nicht erreicht.

Seit der letzten Diskontsenkung der Reichsbank hat die nun schon so lange bestehende Flüssigkeit der wichtigeren Geldmärkte keine wesentliche Änderung erfahren. Angesichts der fortwährenden Wirtschaftsdpression ist die Entwicklung teilweise sogar in der Richtung einer zunehmenden Verflüssigung weitergegangen und auch durch die inzwischen erfolgte Aufhebung der internationalen Anleihe kaum beeinflusst worden. Unter diesen Umständen hat die Zurückhaltung, die die Reichsbank sich am 19. Mai 1930 bei Bemessung ihrer Diskontsenkung auferlegen mußte, nunmehr ihren Grund verloren. Neben den Verhältnissen am offenen Markt spricht auch die geringe Zinsspannung der Reichsbank dafür, jetzt eine weitere Senkung des Diskontsatzes eintreten zu lassen. Der Bestand der Reichsbank an Gold und Deckungsbevisen stellte sich am 14. Juni auf 3,041 Millionen gegen 2,875 Millionen Mark am 15. Mai.

Die Deckung der umlaufenden Reichsbanknoten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am 14. Juni 71,1 Prozent. Auch das zeigt, daß die Reichsbank in sehr geringem Umfang durch die Wirtschaft in Anspruch genommen wird; denn am Geldmarkt ist es keine Seltenheit, daß dort kurzfristiges Geld selbst zu 2 Prozent gar nicht unterzubringen ist.

Wenn der Abstand von den Privatdiskontsätzen den Gedanken nahelegen konnte, mit der Diskontsenkung über ½ Prozent hinauszugehen, so muß doch andererseits beachtet werden, daß — abgesehen von der schon erfolgten Diskontsenkung in New York — schon durch die Verminderung des deutschen Diskonts um ½ Prozent die seit längerer Zeit innergehaltene Spannung gegenüber den Diskontsätzen anderer wichtiger Geldmärkte herabgesetzt wird. So sehr die Reichsbank bestrebt ist, der deutschen Wirtschaft weitere Erleichterungen und Antriebe zu verschaffen und eine gesunde Auflockerung des Kapitalmarktes zu unterstützen, so hängt die Erholung der Wirtschaft doch auch von anderen starken Faktoren ab, die sich der Beeinflussung durch die Reichsbank entziehen.

Berzögerte Wirtschaftsbefriedung.

Das Abkommen über die Ein- und Ausfuhrverbote nicht in Kraft getreten.

Das auf der Internationalen Zollkonferenz 1929 angenommene Abkommen über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote muß als gescheitert angesehen werden, da die polnische Regierung dem Generalsekretariat des Völkerbundes mitgeteilt hat, daß sie das Abkommen nicht ratifizieren könne. Die Tschechoslowakei hatte die Ratifizierung von der Zustimmung Polens abhängig gemacht. Das Abkommen ist von 18 Staaten, darunter sämtlichen europäischen Großmächten, ratifiziert worden, jedoch hatten elf Staaten das Inkrafttreten des Abkommens von der Ratifizierung durch Polen und die Tschechoslowakei abhängig gemacht. Das Abkommen bleibt zunächst nur unter sechs kleineren Staaten bis Anfang 1931 bestehen, da diese Staaten ohne jeden Vorbehalt ratifiziert hatten.

Gutmanns Bruder als Zeuge.

Der Angeklagte soll einen „geistigen Defekt“ haben.

Am zweiten Verhandlungstage des Gattenmordprozesses Gutmann kam es zu Zusammenstößen zwischen der Anklage und der Verteidigung über die Vernehmung von Zeugen, die über den Tod der ersten Frau des Angeklagten aussagen könnten. Schließlich wurde nur der

Apotheker Taggeßell

darüber vernommen. Er erklärte, daß er dem Angeklagten wohl öfter Morphinum verabfolgt habe, jedoch kein Zuanfall. Seiner Meinung nach sei die erste Frau Gutmann keines natürlichen Todes gestorben. Nach der Vernehmung des Apothekers erklärte sich der Oberstaatsanwalt bereit, auf alle weiteren Zeugen, die über die erste Ehe des Angeklagten Aufschluß geben sollten, zu verzichten.

Unter allgemeiner Spannung wurde dann

der Bruder des Angeklagten,

Zahnarzt Dr. Kurt Gutmann aus Berlin, vernommen. Er schilderte seinen Bruder als einen haltlosen, verlogenen, im Grunde aber gutmütigen Menschen, der mit Absicht über einem Menschen noch einem Tier etwas Böses zufügen könne. Der Angeklagte habe den Wert des Geldes nie zu schätzen gewußt und habe vieles getan, was darauf schließen lasse, daß er einen geistigen Defekt habe. Während der Zeuge dann von der ersten Frau des Angeklagten, die an Morphinismus gelitten habe, mit großer Achtung spricht und ihren frühen Tod beklagt, schildert er die zweite Frau, die der Angeklagte getötet hat, als einen „Satian“, die ihrem Manne das Leben schwer gemacht habe. Die Ehe sei so gewesen, wie heutzutage viele Ehen: weder gut noch schlecht.

Der Vater der zweiten Frau,

also der Schwiegervater des Angeklagten, bestätigte im wesentlichen diese Schilderung des Charakters seiner Tochter und der Ehe, betonte jedoch, daß seine Tochter von Natur gutmütig gewesen sei. Es folgte dann die Vernehmung

zweiter ehemaliger „Lieben“ des Angeklagten,

der Lehrersfrau Charlotte Lenz und der Berliner Zahnärztin Dr. Elsbeth Koffert, die des Angeklagten Jugendliebe und erste Braut gewesen war. Frau Lenz hat, wie sie sagt, mit Gutmann freundschaftlich verkehrt. Große Ausgaben für sie habe er nicht gehabt, er habe ihr nur hin und wieder kleine Geschenke gemacht; meistens hätten sie in Blumen bestanden. Frau Dr. Koffert schilderte den Angeklagten als einen guten, aber hemmungslosen Menschen. Sie habe sich von ihm losgesagt, als sie erfuhr, daß er seinem Vater Geld unterschlagen habe. Sie müsse ihn als moralisch defekt und unausgeglichen bezeichnen.

Was man noch wissen muß.

Bergwerkstatastrophe in Südafrika.

Nach einem Telegramm aus Kapstadt wurden in den tiefen Bergwerken durch niedergebende Gesteinsmassen sieben eingeborene Bergarbeiter getötet und zehn verwundet. Die Bergungsarbeiten bereiten große Schwierigkeiten.

Autobusunglück in Frankreich.

Bei Tarbes verunglückte an einem mit 24 Personen besetzten Autobus plötzlich die Bremse, so daß der Wagen in rasender Fahrt die abschüssige Chaussee hinunterstürzte. Der Wagen wurde vollkommen zerrümmert. Zwei Insassen wurden getötet und zehn schwer verletzt.

Schlusssdienst.

Aussage des überfallenen Zollassistenten bestätigt.

Die Feststellungen der amtlichen Kommission.

Von zuständiger Seite wird zu dem Grenzzwischenfall bei Proßten mitgeteilt: Am Freitag hat ein Lokaltarif stattgefunden, an dem der Landrat des Kreises Lpd und der polnische Starost in Grajewo teilnahmen. Nach deutscher Auffassung bestätigten die Verhandlungen in vollem Umfange die Richtigkeit der gerichtlichen Feststellungen, wie sie durch den Oberstaatsanwalt in Lpd der Öffentlichkeit bereits bekanntgegeben wurden. Bei der Leichenöffnung des erschossenen polnischen Grenzbeamten war der polnische Medizinalrat zugegen. Er erklärte sich mit dem Gutachten der deutschen Ärzte einverstanden.

Das Parteiabzeichen der N. S. D. in Berlin verboten.

Berlin. Die Nationalsozialisten versuchen das Uniformverbot dadurch zu umgehen, daß sie bei Umzügen in einheitlicher Kleidung auftreten, die gewöhnlich in weißem Hemd, Hose und Gürtel bestand. Auf der Brust wurde das Parteiabzeichen getragen. Da der Polizeipräsident in dieser Kleidung eine Ersatzuniform sieht, hat er das Tragen der nationalsozialistischen Parteiabzeichen verboten.

Todessturz zweier österreichischer Offiziere.

Zunsbrunn. In den Stubai Alpen sind zwei Teilnehmer an einem höheren Bergführerkurs für Offiziere abgestürzt, als eine Abteulung das Zunderhöl, den höchsten Berg in diesem Gebiete, auf Steirn zu ersteigen versuchte. Der als erster vorauslaufende Leutnant Klemmer vom Feldjägerbataillon Nr. 1 glitt ab und riß den bei ihm angehängten Oberleutnant Schadmann vom Infanterieregiment Nr. 2 unmittelbar unter dem Gipfel mit sich herunter in die Tiefe. Beide Offiziere waren sofort tot; ihre Leichen wurden von den übrigen Teilnehmern des Kurses geborgen.

Überreichte ein Blumenbouquet. Nachbarn und Freunde erschienen, um ihre Glückwünsche darzubringen. In großer Zahl liefen Blumenbouquets, Glückwunschkarten und Telegramme ein, die die Freude mit dem Jubilar und seiner Familie teilten. Nachmittags versammelten sich sämtliche Familienmitglieder mit dem Jubilar zu einer photographischen Aufnahme und begaben sich dann zum Restaurant und Cafe C. Haarhaus, wofelbst die eigentliche Jubelfeier stattfand. Die Schneiderinnung der Meinerzhausen und Meinerzhagen hatte es sich nicht nehmen lassen, diesen Jubeltag mit ihrem Kollegen zu feiern und war selbst mit einem großen Autobus eingetroffen. Nachdem die Schneiderinnung eine Tagung abgehalten hatte, begab sich dieselbe mit dem Jubilar und dessen Familie in das Gesellschaftszimmer. Herr Obermeister Rodemann, Meinerzhagen ergriff das Wort zu einer ergreifenden Ansprache und überbrachte dem Jubilar sowie dessen Familie herzlichste Glückwünsche der Innung und entwarf in zu Herzen gehenden Worten einen Rückblick auf die Tätigkeit des Jubilars und verließ dem Wunsch Ausdruck, daß es ihm vergönnt sein möge, nach 10 Jahren in derselben Gesundheit und Frische das Diamantene Jubiläum zu begehen. Seitens der Innung wurde dann ein Ruhe-Stuhl überreicht sowie eine Ehrenurkunde unter Glas und Rahmen von der Handwerkskammer Arnberg. Für die ihm zuteil gewordene Ehrung dankte der Jubilar sichtlich gerührt. Herr Alfred Prüssent dankte im Namen seiner Geschwister der Innung für die vielen Ehrungen des Vaters und klang seine Worte aus in ein dreifaches Hoch auf das edle Handwerk. Gegen Abend wurde im Garten des Cafe Haarhaus eine photographische Aufnahme der Innungsmitglieder mit ihrem Jubilar gemacht. In fröhlicher Stimmung blieb man noch mit dem Jubilar und seiner Familie zusammen wobei manche alte Erinnerungen aufgefrißt wurden. Man trennte sich unter herzlichem Händedruck und dem frohen Bewußtsein, mit dem allerorts beliebten Jubilar einen ehrenvollen Tag und würdige Feier verlebt zu haben.

Meinerzhagen, 20. Juni. Unter sein eigenes Fuhrwerk geriet gestern mittag der Landwirt Gustav Rölle aus Neuemühle. Mit einem beladenen Heuwagen kam er aus der Wiefe und war bereits auf der Straße angelangt, als er durch einen unglücklichen Zufall zu Boden fiel und unter den Wagen kam. Er erlitt mehrere Rippenbrüche und eine Lungenquetschung, sodaß er schwer verletzt in das Länderscheider Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Meinerzhagen, 21. Juni. Einweihung der Jugendherberge in Meinerzhagen. Die Einweihung der neuen Jugendherberge in Meinerzhagen, die von der Gemeinde Meinerzhagen und der Ortsgruppe Meinerzhagen unter Unterstützung des Gauvereins im Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen errichtet wurde, wird vom 28. Juni 1930 auf den 13. Juli 1930 verlegt. Um 2 Uhr beginnt der Festzug zur Jugendherberge, wo alsdann die Feierlichkeiten stattfinden. Anschließend werden die einzelnen Jugendgruppen durch ihre Darbietungen unterhalten. Anmeldungen zum Uebernachten und Mittagessen sind bis spätestens zum 5. Juli an den Herbergsvater Emil Heise, Meinerzhagen, Schulstr. 7, zu richten.

Bredersfeld, 20. Juni. Verkehrsunfall. Einen argen Sturz tat gestern ein Motorradfahrer auf der oberen Frankfurter Straße, da ihm ein Hund vor das Rad

lief. Zum Glück kam der Fahrer mit leichteren Verletzungen davon, während das Motorrad stark beschädigt wurde.

Sagen, 20. Juni. Große Beute beim Einbruchsdiebstahl. In der vergangenen Nacht wurde abermals in das Kaufhaus Wilhelm Weber, Gaspe, Enneper Straße, eingebrochen. Die Diebe drangen durch eine hintere Tür, die mit einem Gitter versehen war, in die Geschäftsräume ein und entwendeten 120 Anzüge. Bereits in der vorigen Woche entwendeten die Diebe aus diesem Geschäft Kleidungsstücke im Werte von etwa 30—40 000 Mark.

Dortmund, 20. Juni. Die herrschende Dürre hat sich in den Bezirken Krudel, Großholthausen, Auf dem Schnee und Rüdinhagen derart ausgewirkt, daß eine große Not in der Trinkwasserversorgung eingetreten ist. Die Brunnen versiegen teilweise und die Beschaffung von Trinkwasser für Mensch und Vieh stößt auf große Schwierigkeiten. Verschiedentlich mußte die Wasserversorgung durch Sprengwagen erfolgen, ein Behelf, der sich als völlig ungenügend und unständlich herausstellte. Da die Dortmunder Wasserwerke GmbH. schon seit längerer Zeit eine größere Anlage zur Versorgung dieses Gebietes plant, hat der Verkehrsverein Dortmund-Kirchhörde sich nun mit einer Eingabe an die Wasserwerke gewandt, um endlich eine Klärung herbeizuführen, wann den Wünschen der Anwohnerschaft nach einer gesicherten Wasserversorgung Rechnung getragen wird.

Radevormwald, 18. Juni. Ausreden lassen! Ein noch nicht lange verheiratetes Paar aus einer der Wupperortschaften machte dieser Tage einen Ausflug zum Strandbad. Die Eltern der Frau hatten sich — nach Ansicht des Haushaltungsvorstandes überflüssigerweise angegeschlossen. Gustav, sein wahrer Name tut nichts zur Sache, war bester Laune. Auf der belebten Terrasse ging eine Dame an Gustav vorüber. Daß beide lächelnd grüßten, mußte der jungen Frau auffallen. „Wer war die Person?“ fragte sie barsch. „Ach Gott — nichts weiter — eine frühere Bekanntschaft“ — meinte Gustav etwas verlegen. Und dann: „Sie hat mal ein kleines von mir bekommen...“ „Wa — as? Psui! Tausendmal Psui!“ „Aber Gustav, das hättest Du wahrhaftig eher sagen können“ meinte mit giftigem Blick die Schwiegermutter. „Gewiß“ pflichtete nun auch der Schwiegervater bei. „Es ist doch unerhört, daß —“ Da rief Gustav: Nun laßt mich doch ausreden! Ja? Was ist denn weiter dabei? Erst hat sie ein Kleines von mir bekommen und dann — habe ich noch ein großes Schlegel-Bräu für sie bezahlt.

Hüdeswegen, 20. Juni. Flurschaden durch Wildschweine. Das in dieser Gegend nur selten vorkommende Schwarzwild macht sich in den letzten Tagen unangenehm bemerkbar. In den Gemarkungen Lütgenau, Hasenburg und Egen klagen die Landwirte über Schäden in den Kartoffelfeldern, die von Wildschweinen angerichtet sind. Nach den Verwüstungen zu urteilen, muß es sich um mehrere Tiere handeln. Jagdbesitzer haben sich auf die Suche nach den Schwarzwildern begeben.

Wuppertal, 21. Juni. Die Frau erschossen. Heute morgen gegen 6.30 Uhr hat der in Elberfeld, Bergstraße 26 wohnende Schriftsetzerinvalide Johann Wichterich seine Ehefrau im Bett erschossen. Wichterich, der im 68. Lebensjahre steht und seit längerer Zeit erwerbslos

ist, ist flüchtig. Die Motive zu der Tat sind unbekannt.

Solingen, 19. Juni. Ein hundertteiliges Taschenmesser. In einem Schaufenster am Entenpfuhl ist ein Brunkstück der heimischen Industrie zu sehen, das von dem 24jährigen Kleider Karl Kullenberg, Solingen, Stadtkamp 4, verfertigt wurde: ein hundertteiliges Taschenmesser. Dem Stück, das der Hersteller in dreijähriger Arbeit nach Feierabend herstellte, liegt ein weiteres 25teiliges Messer zur Seite, das Kullenberg bereits im Alter von 19 Jahren verfertigt hat.

Dabringhausen, 20. Juni. Ein schönes Beispiel der Hilfsbereitschaft zeigten in der Niederhonschaft einige junge Burchen. In der Nacht mähnten sie einem Landwirt, der wegen seines Alters und körperlichen Befindens nur schwer die Arbeiten verrichten kann, die Wiesen ab. Die Freude des Alten über die Hilfsbereitschaft der Jugend war sehr groß.

Köln, 20. Juni. Von der Falschgeldstelle der Kölner Kriminalpolizei wurde eine Falschmünzerei ausgehoben, die sich in einem Hause in der Bondelstraße befand, ohne daß die Hausbewohner etwas von ihrer Existenz ahnten. Die Falschmünzerei betrieb angeblich eine Polstererei. Die Polizei verhaftete zwei Männer und eine Frau an Ort und Stelle und einen Mann, dessen Aufgabe es war, das Falschgeld zu vertreiben. Die Bande stellte nur 5-Markstücke her. Eine ganze Kiste Silbergeld wurde beschlagnahmt. Ein Falschmünzer, der sich durch die Flucht der Festnahme entziehen wollte, wurde von einem Beamten angeschossen und befindet sich im Krankenhaus. Es wurden also in kurzer Zeit in Köln zwei Falschmünzerbanden dingfest gemacht.

Hamborn, 20. Juni. Dreister Kassenraub. Ein verwegener Raubüberfall wurde heute mittag gegen 12.30 Uhr in Hamborn in einer Depositionskasse am Altmarkt ausgeführt. Im Kassenraum der Bank, wo gerade der Kassierer allein anwesend war, erschien ein 25 bis 30 Jahre alter Mann, der dem Kassierer eine Selbstladepistole vorhielt mit dem Ruf: Hände hoch, liegen lassen. Er entriß dem Kassierer die Geldscheine, die dieser gerade bindeln wollte und raubte aus einer Kasse den größten Teil des Inhaltes. Im ganzen fielen ihm etwa 6500 RM. in die Hände, und zwar in 10-, 20- und 50-Markscheinen und zum geringen Teil in Hartgeld. Der Täter verschwand dann auf einem Fahrrad, das vor dem Bankgeschäft von einem ebenfalls ein Fahrrad mit sich führenden Diebesgeossen bereit gehalten wurde in Richtung Rathausstraße.

Familien-Nachrichten.

Geboren:
Zahnarzt Dr. E. Sprenger und Frau Hildegard geb. Thomas, eine Tochter.
Vermählte:
Ernst Höngen und Wilhelmine Höngen geb. Saatsch, Ramscheid und Halber am 13. Juni. — Eugen Koch und Erna Koch geb. Lauer zu Schalksmühle.
Gestorben:
Wilhelm Dörjeln, Schneidermeister, Halber, 49 J. 5 Mon. am 12. Juni. — Otto Lange, Halber 36 Jahre am 14. Juni. Ww. Theodor Wiebusch, Emilie geb. Weber, 83 Jahre am 19. Juni. — Carl Körbi, 83 Jahre, Schmidthausen b. Halber, am 20. Juni 1930.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.



Psalm 90, Vers 10:
Unser Leben währet 70 Jahre,
Und wenn es hoch kommt, so sind es 80 Jahre,
Und wenn es köstlich gewesen ist,
So ist es Mühe und Arbeit gewesen.

Gestern Abend 8³/₄ Uhr entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit, infolge Lungenentzündung im Städt. Krankenhause in Lüdenscheid im Alter von beinahe 83 Jahren, unser lieber Großvater, Schwiegervater, Bruder und Onkel, der

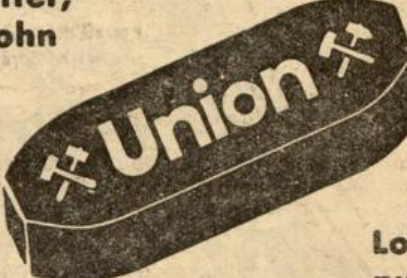
Rentner
Carl Körbi

Um stille Teilnahme bitten:
Die trauernden Hinterbliebenen.
Schmidthausen b. Halber, den 21. Juni 1930.

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 24. Juni, nachm. 3 Uhr vom Trauerhause in Schmidthausen aus statt. Kranzspenden waren nicht im Sinne des Entschlafenen.

Die Geburt eines kräftigen
M ä d c h e n s
zeigen an:
Dr. Ernst Sprenger u. Frau
Hildegard geb. Thomas
Halber, den 21. Juni 1930.
St. Johanner-Hospital
Bonn-Dottendorf.

**Vater, Mutter,
Tochter, Sohn**



**Loben stets
nur „Union“!**

Trauerdrucksachen
fertigt schnellstens an
Buchdruckerei Wilh. Bell jr., Halber.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem Heimzuge unseres lieben unvergeßlichen Entschlafenen, sagen wir unsern

herzlichsten Dank
Familie August Lange.

.. und gesunde Wäsche durch
Persil

Bekanntmachung.
Nachdem der Fluchtlinienplan für den Teil der Kölnerstraße in Halber, der südlich von der Abzweigstelle der Mühlenstraße liegt und entlang der Siedlungshäuser führt, vorschrittmäßig offen gelegen hat und Einsprüche dagegen nicht erhoben worden sind, wird der Plan gemäß § 8 des Baufluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 förmlich festgestellt. Der Plan liegt vom 21. ds. Mts. ab zwei Wochen lang in der Zeit von 9—12 Uhr im Amtsbauamt in Halber, Zimmer Nr. 14 des Amtshauses, zu jedermanns Einsicht offen.
Halber, den 19. Juni 1930.
Der Gemeindevorstand.

Sport - Anzüge
in Reitkord, Loden und englischer Art, viele aparte Muster, auch nach Maß in einigen Tagen lieferbar. Sommerjoppen, Lodenjoppen und Windjacken in schönen Dessins. Streifenhosen in Zwirn und Kammgarn, Anzughosen z. Teil aus Anzugresten. Brecheshosen in Cord und Wildleder, Sporthemden und Sportstrümpfe. Arbeitskleidung und Berufsmäntel alles in reichhaltiger Auswahl u. bekannten Preisw. Qualitäten.
Wilh. Buschhaus, Halber-Eichholz,
Fernsprecher 345.
Während der Kirmesstage
stehe ich mit meiner
4 f i g e r L i m o u s i n e
zur dauernden Benutzung vor dem Hotel zur Post
km 25 Bfg.
Wilh. Graemer,

Willkommene Geschenke
sind
Porzellan-Waren
Reichhaltige Auswahl
schöne Neuheiten
preiswert
Wilh. Bell jr., Halber.

Pfingstamstag in Rönshahl
gelbe
Damenhandtasche
(Inhalt: Brillantring, Geldtasche)
verloren.
Finderlohn zugesichert.
Angaben erbeten an:
Dr. Dunkel,
Altena i. W.
Mehrere junge Leute
erhalten
guten Mittagstisch
in Halber.
Zu erfragen in der
Geschäftsstelle des Allg.
Anz. Halber.
**Drainage-
R ö h r e n**
in allen gangbaren
Weiten auf Lager
vorrrätig.
E. Zimmermann,
Ohl-Rönshahl
Telefon Nr. 11 Rönshahl.
Habe ständig hochtra-
gende, sowie frisch- und
später molkwerdende

**Rühe und
Kühe und
Kühe**
sowie
**Zuchtbullen und
Weide-Rinder.**
Eugen Clever,
Halber, Scheid.

Abitur
Ob. Sekunda-Reife
Schnellste Vorberei-
tung von Schülern u.
Schülerinnen
Paedagogium
Privatsch. - Schülerh.
Hagen Bahnhofstr. 34